

abwickelte. Hier haben sich völlig ungleiche Partner zusammengeschlossen, wobei die Abhängigkeit Mexikos von dem nördlichen Wirtschaftsblock überdeutlich ist. Die Handels- und Wirtschaftspolitik wird also in Washington dekretiert, so daß schon die Qualifizierung als Kooperation schwer fällt. Konsequenterweise hat man denn auch völlig auf irgendwelche integrationsfördernden Verwaltungen verzichtet.

Völlig außen vor bleiben mehr als ein Drittel der Bevölkerung und die meisten Staaten auf dem Subkontinent, die Länder Mittelamerikas, der Andenregion und der Karibik. Auch wenn Chile aufgrund politischer Versprechen aus Washington in die NAFTA drängt, so wird sich speziell Mexiko wegen seiner derzeit zumindest privilegierten Stellung diesem Ansinnen widersetzen. Für die anderen Länder bliebe allenfalls der Versuch einer punktuellen Annäherung an diese Gemeinschaften. Der immer wieder totgesagte Andenpakt versucht dies derzeit mit Richtung auf den MERCOSUR.

Der von dem Autor vorsichtig prognostizierte Erfolg dieser beiden neuen Kooperationsvorhaben muß seine Bewährungsprobe freilich noch bestehen, gerade wenn man die sozialen Entwicklungen in den armen Ländern mit einbezieht. Bei diesen, und das haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, ist eine Wende nicht in Sicht. Angesichts dessen ist man versucht zu konstatieren, daß in gewissen Abständen neue Kooperationsvorhaben in die Welt gesetzt werden, allseits erwartungsvoll begrüßt, um dann nach einigen Jahren in die mittlerweile immer länger werdende Reihe der Mißerfolge einsortiert zu werden. Das ist den jeweiligen Autoren nicht zum Vorwurf zu machen, hat es doch erfreulicherweise dazu geführt, daß mittlerweile derartige Integrationsansätze mit dem ausreichend großen Abstand betrachtet werden, und dieser zeichnet auch das vorgestellte Werk aus.

*Jürgen Saligmann*

*Bernhard Thibaut*

**Präsidialismus und Demokratie in Lateinamerika. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay im historischen Vergleich**

Leske + Budrich Verlag, Opladen, 1996, 377 S., DM 69,--  
(Politische Organisation und Repräsentation in Amerika, Band 5)

Politische Prozesse verlaufen in nicht zu vernachlässigendem Grade innerhalb von Institutionen – wünschenswerterweise im staats- und verfassungsrechtlich vorgesehenen Rahmen, welcher natürlich ein demokratischer sein soll. Dies kann als Grundkonsens gelten, von dem Staats- und Verfassungsrechtler wie auch Politologen ausgehen - letztere wieder vermehrt seit der als "Wiederentdeckung" der Institutionen" bezeichneten Entwicklung in der Politikwissenschaft; ebenso ist anerkannt, daß es Staatsorganisationsformen und Regie-

rungsstrukturen gibt, die in ihrer konkreten Ausformung jeweils mehr oder weniger dem Prinzip von Demokratie und Gewaltenteilung und -kontrolle Rechnung tragen.

Nun ist es ein Ansatz in der Politikwissenschaft, die Frage theoretisch-idealtypisch dahingehend zu stellen, ob aufgrund der jeweiligen institutionellen Struktur der Präsidentialismus oder der Parlamentarismus geeigneter zur Gewährleistung politischer Stabilität in Demokratien sei.

Die von Dieter Nohlen und Klaus von Beyme betreute Heidelberger Dissertation Bernhard Thibauts knüpft an die "in der neueren Demokratieforschung entwickelte und weit verbreitete These" an, "wonach präsidentielle Regierungssysteme, wie sie heute in verschiedenen Dritten Welt-Regionen [...] verbreitet sind, aufgrund ihrer institutionellen Struktur die Konsolidierung bzw. die politische Stabilität von Demokratien beeinträchtigen" an.

Unter Bezugnahme auf die politische Entwicklung in den Ländern Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay im 20. Jahrhundert will Thibaut den Präsidentialismus in seinem Einfluß auf die demokratische Entwicklung untersuchen, und zwar mittels einer "kontextbezogenen Analyse von Demokratieerfahrungen unter besonderer Berücksichtigung institutioneller Faktoren". Es soll ermittelt werden, "ob die entsprechenden Erfahrungen die Auffassung stützen, daß es einen gleichförmigen Zusammenhang zwischen der Grundstruktur des Regierungssystems einerseits und der Dynamik politischer Prozesse und daraus folgenden Problemen der Regierbarkeit und Aufrechterhaltung politischer Stabilität andererseits gibt". Der Autor entscheidet sich für das sog. "Konkordanzverfahren", d.h. innerhalb eines Vergleichs wird eine eher geringe Zahl von Ländern unter breiter Berücksichtigung historischer Eigenheiten - ausgehend von der Ähnlichkeit im Hinblick auf die Variable "Regierungssystemtyp" - untersucht.

Thibaut stellt seiner länderbezogenen historisch-vergleichenden Analyse zwei theoretisch-methodische Kapitel voran. In einer Zusammenfassung der "Ansätze vergleichender Politikwissenschaft in der Demokratieforschung" (Kapitel 1) werden die unterschiedlichen Ansätze der Demokratieforschung vorgestellt – eingeteilt danach, ob sie auf der "systematisch-strukturellen", der "Handlungs- bzw. Akteursebene" oder der "institutionellen Ebene" ansetzen. Eine Wiederbesinnung auf "lange vernachlässigte Fragestellungen der älteren Institutionenlehre", so wie sie in der neueren Demokratieforschung erfolgen, hält Thibaut für sinnvoll, will aber "Reduktionismus" vermieden und "Selbstbescheidungen" sowie "theoretische Modifikationen" berücksichtigt wissen (S.44). Ein weiteres Kapitel behandelt das präsidentielle Regierungssystem nach Typenbildungs- und Definitionsmöglichkeiten, sowie im Zusammenhang mit Demokratieentwicklung und nimmt Stellung zur theoretischen Präsidentialismuskritik (Kapitel 2).

In den Kapiteln 3 und 4, die den weithin umfänglichsten Teil der Arbeit ausmachen (S. 80-321), erfolgt ein Vergleich der vier ausgewählten Länder, wobei in "historische Phasen der politischen Entwicklung" - "zwei historische Bezugsphasen der Präsidentialismusdebatte" - unterschieden wird: die sog. "präautoritäre Phase" im Hinblick auf "Erfahrungen mit dem präsidentiellen Regierungssystem vor dem Zusammenbruch der Demokratie" in den 60er und 70 Jahren und die sog. "postautoritäre Phase" bezogen auf das präsidentielle Regie-

lungssystem seit der "Redemokratisierung" in den 80er Jahren. Ziel der historisch-vergleichenden Analyse sei, so Thibaut in der Einleitung, "Bedingungen zu erhellen, unter denen sich die Regierungssysteme stabil oder instabil, als funktionsfähig oder als funktionsunfähig erweisen". Thibaut konzentriert sich dabei auf die "konkrete Funktionsweise eines Regierungssystems als Ergebnis des Zusammenspiels" unterschiedlicher Faktoren und untersucht "sozioökonomische" und "formal-institutionelle" Rahmenbedingungen sowie "Struktur und Dynamik von Parteiensystemen". Innerhalb der Analyse der "postautoritären Phase", welche einen direkten Vergleich innerhalb übergreifender systematischer Gesichtspunkte vornimmt, wird dem Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative, den "politisch-institutionellen Konstellationen" und der "Art der Regierungsführung" besondere Aufmerksamkeit gewidmet (S. 279 ff.).

Anhand des historisch-vergleichenden Teils, durch den sich die Frage nach der tatsächlichen Bedeutung des formal-institutionellen Rahmens hindurchzieht, wird entschieden: Nicht die "Grundstruktur" des Regierungssystems, sondern das Zusammenwirken institutioneller und politisch-prozessualer Variablen unter spezifischen historischen Rahmenbedingungen" erweise sich "als ausschlaggebend für die Funktionsfähigkeit und Funktionsproblematik der Regierungssysteme der betrachteten Länder" (S. 333). Anknüpfend an die in der Anfangskapiteln ausgebreiteten theoretischen Problemstellungen kommt Thibaut im fünften Kapitel zu der Schlußfolgerung, daß "Versuche einer theoretischen Bestimmung strukturimmanenter Funktionsdefizite des präsidentiellen Regierungssystems sich als inspirierend, aber wenig tragfähig erweisen, wenn es um die Erklärung und das Verständnis realhistorischer Phänomene und Probleme der Demokratieentwicklung geht". Es werde dabei eine zu große Gleichförmigkeit der Funktionsweise und inneren Entwicklungstendenz von Regierungssystemen mit ähnlicher institutioneller Grundstruktur unterstellt. Am Ende der Arbeit steht der Versuch, das Zusammenwirken der Variablen als Konfigurationen so wie sie sich im historischen Vergleich herauskristallisiert haben, zum Gegenstand der Theoriebildung zu machen - in Form einer "systematischen Unterscheidung von Funktionsmustern präsidentieller Regierungssysteme" (S. 334 ff.).

Thibaut kommt abschließend auf die schon in der Einleitung gemachte - und kaum anders zu erwartende - Feststellung, daß wohl die 'Frage nach dem 'besseren Regierungssystem' in der Gegenüberstellung 'Präsidialismus versus Parlamentarismus' grundsätzlich kaum zu klären sei, zurück und betont zusammenfassend: Der kontextbezogene Vergleich präsidentieller Regierungssysteme spreche weder für die Behauptung, der Präsidialismus habe überall außer in den Vereinigten Staaten versagt, noch für die in der Regierungssystem-debatte gängigen Thesen, die eine direkte Verbindung zwischen horizontal gewaltenteiliger Regierungsorganisation und Ineffektivität und destabilisierenden Tendenzen des politischen Prozesses ziehe. Unter Verweis auf die besonders problematischen Konfigurationen der politischen Prozesse in präsidentiellen Systemen äußert Thibaut Skepsis gegenüber der Vorstellung, der bloße Übergang zu einem parlamentarischen Regierungssystem könne die Regierbarkeit der betreffenden Länder entscheidend verbessern. (S. 342).

Die von Thibaut vorgelegte Arbeit zeichnet sich durch übersichtliche Gliederung und einen in Überleitungssparagraphen klar dargelegten Fortgang der Untersuchung aus. Dem Anliegen, zu einer Bewertung des Gewichts und der Wirkungsweise institutioneller Faktoren in der Demokratieentwicklung lateinamerikanischer Länder durch empirische Fundierung beizutragen, und damit eine Lücke zu füllen zwischen den monographischen Studien und den meist auf hoher Abstraktionsebene verbleibenden vergleichenden Abhandlungen, wird die Arbeit Thibauts weitgehend gerecht. Der Beitrag des Buches liegt aber wohl vor allem in der historisch-vergleichenden Analyse, mit der sich dem deutschsprachigen Leser auf einem bisher wenig bearbeitetem Feld vier politisch und wirtschaftlich wichtige Staaten Lateinamerikas – betrachtet unter sinnvoll gewählten übergreifenden Fragestellungen – im Zusammenhang erschließen. Der Versuch, "Pauschalurteilen in bezug auf Funktionsfähigkeit und Demokratietauglichkeit des Präsidialsystems" zu begegnen, dürfte kaum ohne Auswirkungen bleiben: Wenn der Analyse auch ein für Juristen fremder Ansatz zugrunde liegt, so dürften die durch das Buch zugänglichen Informationen über den Umgang mit Institutionen, die Gegenstand des Staatsorganisationsrechts sind, doch von großem Interesse für an der politischen Entwicklung Lateinamerikas interessierte Staats- und Verfassungsrechtler sein. Man fragt sich nur, ob der betriebene theoretische Aufwand, für das, was letztendlich den Beitrag des Buches ausmacht, notwendig gewesen wäre.

*Anja Schoeller-Schletter*